

Fraktion **direkt**

75 | 15. März 2013

Zur Lage

Der Mittelstand muss gestärkt werden

Die Pläne der Opposition gefährden die Zukunft Deutschlands



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zahlen zeigen, wer vor allem für die gute Wirtschaftslage Deutschlands verantwortlich ist. Nach Schätzungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat allein der Mittelstand zwischen 2005 und 2010 rund 1,8 Millionen Erwerbstätige neu eingestellt. Auch für 2013 rechnet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag mit rund 150.000 neuen Arbeitsplätzen gerade im Mittelstand.

Der Mittelstand ist darüber hinaus nicht nur Motor der Beschäftigung, sondern auch Motor der Innovation. Wenn das Qualitätssiegel „Made in Germany“ weltweit einen so guten Klang hat, ist das ein Verdienst der kleineren und mittleren Betriebe in unserem Land. Nach Erhebungen der EU bringt über die Hälfte der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland jedes Jahr eine echte Produkt- oder Prozessinnovation auf den Markt. Im EU-Durchschnitt sind es nur 34 Prozent.

Daher ist es nur folgerichtig, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrer Sitzung in dieser Woche einen Antrag verabschiedet hat, der die Leistungen des Mittelstands würdigt. Der Antrag listet aber auch die jüngsten Maßnahmen der christlich-liberalen Koalition auf, die zur Stützung der kleineren und mittleren Betriebe beigetragen haben. In

dieser Legislaturperiode haben wir uns vor allem darauf konzentriert, dem Mittelstand die notwendigen Fachkräfte zu sichern. Zu den Maßnahmen zählen außerdem zahlreiche Bemühungen zur Qualifizierung der inländischen Arbeitnehmer. Auch der Zuzug ausländischer Fachkräfte wurde erleichtert. Deutschland entwickelt mehr und mehr Anziehungskraft für junge gut ausgebildete Arbeitnehmer aus den südlichen EU-Ländern.

Hier müssen wir weitermachen. Wichtig wäre aber auch, beim Bürokratieabbau voranzukommen. Insofern war es sehr bedauerlich, dass die rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen verhindert hat, die vorschreiben, wie lange Dokumente in einem Betrieb nicht vernichtet werden dürfen.

*„Steuererhöhungen würden die
Wirtschaft ins Herz treffen“*

Diese Blockade ist bezeichnend für die mittelstandsfeindliche Politik von Rot-Rot-Grün. Das SPD-Wahlprogramm sieht unter anderem eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent vor. Das würde den Mittelstand massiv treffen und seine Investitionsbereitschaft schmälern. Aber auch die Arbeitnehmer hätten das Nachsehen, da sich die Steuertarife zu ihren Lasten verändern würden. Die Bedenken gegen diese Belastungen, die unsere Wirtschaft ins Herz treffen würden, tut die SPD nur als „Unfug“ ab.

Der Zukunft unseres Landes schadet Rot-Rot-Grün damit. Wir müssen aber unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten, damit es allen im Land weiterhin gut geht. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands erhalten und dies mit dem sozialen Ausgleich verbinden – das kann nur die Union.

Volker Kauder

Inhalt

Der Mittelstand muss gestärkt werden	1
Kein Raum für Maßlosigkeit	2
Neue Stromtrassen in vier Jahren	3
„Brückenbauer zwischen den Kontinenten“	4
„Wir mussten nachsteuern“	5
Fraktionsvorstand unterstrich deutsche Haltung	6
Unionsabgeordnete kritisieren Schuldenpolitik von Rot-Rot-Grün	7
Banken müssen Testament machen	8
Contergan-Opfer sollen höhere Renten erhalten	8
Die Rechte von Missbrauchsoffern werden gestärkt	9
Frisch gebloggt	9
Schärfere Regeln für Großbanken	10
Politische Kommunikation in 140 Zeichen?	11
Bestell-Tipp: Neue Publikationen	11
Letzte Seite	12

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Kein Raum für Maßlosigkeit

Aktionäre sollen künftig über die Gehälter von Managern entscheiden



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das Verhältnis vom Durchschnittsgehalt in einem Unternehmen zu den Gehältern von Vorständen und Managern hat sich grundlegend geändert. Im Schnitt ist das Gehalt der Vorstände der 30 größten deutschen Unternehmen in den letzten 25 Jahren um 713 Prozent gestiegen. 1997 betrug es das 19-Fache des Durchschnittsgehalts, vor zwei Jahren bereits das 54-Fache. Vor diesen Unwuchten werden wir als größte Bundestagsfraktion die Augen nicht verschließen.

Zum Maßhalten hatte die Deutschen bereits Ludwig Erhard, der Vater der sozialen Marktwirtschaft, aufgefordert. Diese Forderung stellt sich in Zeiten der Finanz- und Staatsschuldenkrise neu. Wir müssen Nutzen und Lasten gerecht verteilen. Für Maßlosigkeit und Exzesse lassen Freiheit und soziale Gerechtigkeit keinen Raum.

Die Unionsfraktion plant daher eine Änderung des Aktienrechts. Vorstandsgehälter sollen künftig von den Eigentümern eines börsennotierten Unternehmens, den Aktionären in der Hauptversammlung, beschlossen werden. Anders als bisher sollen sie das letzte Wort haben. Es geht dabei um grundlegende Entscheidungen für das Unternehmen. Und die Ent-

wicklungen der letzten Jahre zeigen, dass es nicht genügt, wenn Aufsichtsräte hier die Entscheidungshoheit haben. Wenn im kleinen Kreis Unternehmens- und Gewerkschaftsvertreter entscheiden, mangelt es häufig an Nachvollziehbarkeit und Transparenz.

Letzte Entscheidung liegt beim Aufsichtsrat

Denkbar ist, dass die Hauptversammlung künftig auf Vorschlag des paritätisch besetzten Aufsichtsrats ein Letztentscheidungs-

recht über die Managervergütung erhält. Diese unternehmerische Entscheidung schafft Transparenz, stärkt aber auch die Wirtschaftlichkeit und dient dem sozialen Frieden im Unternehmen. Eine Deckelung von Gehältern wollen wir mit Blick auf die Vertragsfreiheit und die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft jedoch nicht.

Sehr erfreulich ist, dass auch die Europäische Union Regelungen zu mehr Transparenz von Managergehältern und einer Stärkung der Eigentümer in diesem Bereich plant. Deutschland wird dieses Thema mit einer baldigen nationalen Regelung voranbringen und so auch hier eine Vorreiterrolle einnehmen – ähnlich wie wir es beim Verbot von Leerverkäufen oder jüngst beim Hochfrequenzhandel getan haben.

Über die Selbstregulierung der Wirtschaft und die Regeln der Corporate Governance ist es leider nicht gelungen, das Problem zu lösen. Aber auch Manager sind Angestellte ihres Unternehmens und somit seinen Eigentümern sowie den Mitarbeitern verpflichtet. Durch mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit werden wir klare Gehaltsstrukturen schaffen und so auch das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft stärken.

Neue Stromtrassen in vier Jahren

Regierungserklärung zum Netzausbau – Deutliche Verkürzung der Planungsfristen

Die Planungszeiten für Hochspannungsleitungen sollen per Gesetz deutlich verkürzt werden. Denn die Beschleunigung des Leitungsaubaus ist Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) stellte am Donnerstag im Bundestag in einer Regierungserklärung den entsprechenden Gesetzentwurf vor und erläuterte die Fortschritte der Bundesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022

Rösler bekräftigte das Ziel der Bundesregierung, bis 2022 aus der Kernkraft auszusteigen. Ohne dafür die Voraussetzungen bei der Infrastruktur zu schaffen, könne dieses Vorhaben aber nicht gelingen, sagte er. Damit die Stromversorgung in Deutschland sicher und bezahlbar bleibe, würden mehrere tausend Kilometer neue Stromtrassen gebraucht. Nur so könne künftig Strom aus erneuerbaren Energien tatsächlich zu allen Verbrauchern gelangen. Die Planungsphase soll für 36 Vorhaben von zehn auf vier Jahre deutlich verkürzt werden.

Der Bundeswirtschaftsminister forderte die Bundesländer auf, sich an der Energiewende konstruktiv zu beteiligen. Er beklagte, dass die Hälfte

der Länder sich eigenständig versorgen wolle und daher kaum Interesse an neuen Verteilnetzen habe. Mit dem neuen Bundesbedarfsplangesetz soll die Zuständigkeit auf den Bund übergehen.

Versorgungssicherheit gewährleisten

Michael Fuchs, stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, wies auf die hohe Versorgungssicherheit in Deutschland hin. Durchschnittlich nur 15 Minuten pro Jahr falle in Deutschland der Strom aus. In den Vereinigten Staaten seien es 500 Minuten, in Frankreich immerhin noch über 100 Minuten. „Die Qualität der Stromindustrie in Deutschland ist gut“, stellte der CDU-Wirtschaftspolitiker fest. Auch in Zukunft müsse sichergestellt sein, dass permanent Strom zur Verfügung steht. Dazu sei ein Kraftwerksmix nötig, der den kompletten Energiebedarf garantiere. Derzeit sei dies mit erneuerbaren Energien an kalten, windstillen und



Techniker arbeiten an einem Strommast

wolkenreichen Tagen, wie beispielsweise in diesem Februar, noch nicht zu erreichen.

Fuchs appellierte an das rot-grün-rote Bündnis im Bundesrat, seine Blockadehaltung aufzugeben. Seit mehreren Monaten verhinderte die Länderkammer das Gesetz zur Gebäudesanierung, das ein Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden Euro umfasse und ältere Gebäude energieeffizienter mache. Er nannte es „scheinheilig“, dass die Mehrheit der Länder diese Möglichkeit, Energie einzusparen, blockiere.

Stromnetzausbau

Der Ausbau des Stromnetzes soll beschleunigt werden. Der Bundestag beriet am Freitag in erster Lesung 36 Vorhaben, die besonders dringlich sind, um die Energiewende zu einem Erfolg zu machen. So sollen auf 2.800 Kilometern Länge neue Trassen gebaut werden, damit vor allem der Strom aus Windenergie vom Norden des Landes in den Süden transportiert werden kann. 2.900 Kilometer der bestehenden Leitungen sollen verbessert oder verstärkt werden. Damit der Bau beschleunigt wird, sollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzt werden.

Vorgesehen sind auch Pilotprojekte für neuartige Übertragungsleitungen. Auf diese Weise sollen Erfahrungen mit neuen Technologien und deren Wirkungen auf die Umwelt gesammelt werden, bevor über ihren großflächigen Einsatz entschieden wird. Acht Pilotprojekte betreffen die Hochspannungsgleichstromübertragungstechnik. Ein Pilotprojekt sieht den Einsatz von Hochtemperaturleiterseilen vor. In Teilabschnitten zweier Pilotprojekte sollen auch Erdkabel zum Einsatz kommen.

Generationenprojekt Energiewende

Der CSU-Wirtschaftspolitiker Georg Nüßlein nannte die Energiewende ein Generationenprojekt, dem sich die christlich-liberale Koalition mit Vernunft angenommen habe. Die Opposition habe hingegen kein Interesse daran, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten.

„Brückenbauer zwischen den Kontinenten“

Unionsfraktion wünscht Papst Franziskus Gottes Segen – Erster Lateinamerikaner auf dem Heiligen Stuhl



Papst Franziskus bei seinem ersten Auftritt

dazu. Der 76-jährige Argentinier Bergoglio ist der erste Lateinamerikaner und erste Jesuit, der zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche gewählt wurde. Franziskus betete bei seinem ersten Auftritt auch für Benedikt XVI., der Ende Februar zurückgetreten war, weil, wie er sagte, seine Kräfte für das Amt schwanden.

nem ausgeprägten sozialen Gewissen. Dass er sich nach dem heiligen Franziskus benannte, wird allgemein als besonderes Signal gewertet. Dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, zufolge zeigt der neue Papst damit, dass es ihm nicht um Politik, sondern um den Glauben gehe, wie ihn Jesus vorgelebt habe. Franziskus wolle ganz Seelsorger und ganz nah bei den Menschen sein.

Der Wunsch nach dem „hörenden Herzen“

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, „weit über die katholische Christenheit hinaus erwarten viele von ihm Orientierung, nicht nur in Glaubensfragen, sondern auch, wenn es um Frieden, Gerechtigkeit, die Bewahrung der Schöpfung geht“. Auch Volker Kauder wies darauf hin, dass viele Menschen in einer rasch sich verändernden Welt Halt und Orientierung suchten: „Das bietet der christliche Glaube.“ Ingrid Fischbach und Maria Flachsbarth äußerten den Wunsch, der neue Papst möge ein „hörendes Herz“ haben, so wie es Benedikt XVI. in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2011 empfohlen hatte.

Der argentinische Jesuitenpater Jorge Mario Bergoglio ist neuer Papst. Der vom Konklave zum Nachfolger von Benedikt XVI. gewählte Papst Franziskus wird am kommenden Dienstag feierlich in sein Amt eingeführt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wünscht Papst Franziskus für seine Aufgabe viel Erfolg und Gottes Segen. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, der neue Heilige Vater sei ein „Seelsorger, der sich den Menschen zuwendet“. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach und die Religionsbeauftragte Maria Flachsbarth nannten es ein wichtiges Zeichen, dass die Kardinäle mit Franziskus einen Geistlichen aus Lateinamerika gewählt haben. Der neue Papst werde „Brückenbauer zwischen den Kontinenten“ sein.

Nach nur fünf Wahlgängen stieg am Mittwochabend weißer Rauch aus dem Schornstein der Sixtinischen Kapelle auf – das Zeichen dafür, dass der neue Papst gewählt ist. Nur wenig später trat Franziskus auf die Mittelloggia des Petersdoms und stellte sich mit einer Geste der Demut den 1,2 Milliarden Katholiken weltweit vor. „Bevor ich Euch segne, bitte ich Euch, dass Ihr den Herrn bittet, mich zu segnen“, sagte er und verneigte sich tief

Ganz nah bei den Menschen

Der aus Deutschland stammende Benedikt hatte das Amt des Papstes acht Jahre lang bekleidet. Schon bei der Wahl von Joseph Ratzinger 2005 hatte Bergoglio als Konkurrent gegolten. Im Vorfeld des diesjährigen Konklave war sein Name allerdings selten gefallen. Der neue Papst ist umfassend gebildet, tief religiös und persönlich bescheiden. Er gilt aber auch als Mann mit ei-

Tweets für den Papst

Die Papst-Wahl war am Mittwoch das beherrschende Thema beim Kurznachrichtendienst Twitter. Nach Angaben des Anbieters schickten über sieben Millionen Menschen Tweets zu dem Thema. In der Hochphase der Wahl wurden 130.000 Mitteilungen pro Minute verschickt. Allein die Nachricht „HABEMUS PAPAM FRANCISCUM“ vom offiziellen Vatikan-Konto „@pontifex“ wurde mehr als 68.000 Mal von anderen Nutzern wiederholt. Auch Unions-Abgeordnete twitterten fleißig mit.

So schrieb Dorothee Bär, als der weiße Rauch aufstieg: „Ich bin so aufgeregt...“ Auch Nadine Schön konnte ihre Aufregung nicht verbergen: „Das politische Berlin steht still – meins jedenfalls“. „Gelobt sei Jesus Christus!“, kommentierte Peter Tauber die freudige Nachricht.

Nachdem der Argentinier Bergoglio zum Papst gekürt war, schrieb Dagmar Wöhrl: „Starkes Signal für Lateinamerika“. Auch der Name Franziskus „spricht für Selbstbewusstsein und vielleicht auch für eine neue Ära!“, meinte sie. Der Kommentar von Johannes Singhammer lautete: „Der ideale erste nichteuropäische Papst“.

Patrick Schnieder lobte den Vatikan: „Sage noch einer, die katholische Kirche sei nicht für Überraschungen gut. Erst verzichtet Benedikt, dann wird ein Südamerikaner Franziskus.“ Hartmut Koschyk vermutete: „Der Name des neuen Papstes ist Programm: Papst Franziskus I. will für die innere Erneuerung der Kirche stehen!“

Ihre guten Wünsche schickten Stephan Harbarth und Jürgen Hardt. Letzterer schrieb: „Dem neuen Papst Franz I wünsche ich segensreiches Wirken. Hat die Chance, kath. Kirche und damit Christentum insges. neue Impulse zu geben.“

„Wir mussten nachsteuern“

Michael Meister zieht Bilanz der Agenda 2010



Michael Meister
Stellv. Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor genau zehn Jahren – am 14. März 2003 – wurde die Agenda 2010 aus der Taufe gehoben. Deutschland wurde seinerzeit wirtschaftlich als der kranke Mann Europas wahrgenommen. Mit dem Reformpaket des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, das CDU und CSU weitgehend mitgetragen haben, wurde der Sozialstaat umgebaut und die Wachstumsbedingungen verbessert. Über die Bilanz sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Meister.

Herr Meister, die Reform war nicht perfekt. Welche Mängel mussten die unionsgeführten Regierungen im Laufe der Jahre beheben?

Meister: Der Grundansatz der Reform war richtig, aber in der Tat: Wir mussten nachsteuern. So war die Einführung der Riester-Rente, einer privaten Altersvorsorge, zwar ein wichtiges neues Element, aber in seiner Ausgestaltung war es zu starr. Deshalb haben wir beispielsweise dafür gesorgt, dass die Bürger mit dem Geld

aus einem Riester-Vertrag eine Immobilie finanzieren können. Darüber hinaus haben wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere verlängert, die Regelbedarfsätze für Hartz-IV-Empfänger erhöht und Lohnuntergrenzen bei der Zeitarbeit eingeführt.

Was haben die Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik unter dem Strich gebracht?

Meister: Der verkrustete Arbeitsmarkt wurde aufgebrochen; vielfältige Formen der Erwerbstätigkeit entstanden. Das Ergebnis: Die Arbeitslosenquote ist heute historisch niedrig, die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich äußerst gering. Ältere können ihre Berufserfahrung länger einbringen, und die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist zurückgegangen.

Mit der Reform wurde auf der einen Seite die Eigenverantwortung des Einzelnen gestärkt. Auf der anderen Seite können Arbeitslose nach wie vor auf solidarische Hilfe zählen. Die Bezieher der Sozialhilfe wurden sogar besser gestellt.

Welche Änderungen waren und sind bei der Rente nötig – angesichts einer alternden Gesellschaft?

Meister: Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung müssen alle Generationen gleichermaßen schultern. Künftige Rentenerhöhungen werden an die Brutto Lohnentwicklung, aber auch an die Entwicklung der Anzahl der Rentner und Erwerbstätigen gekoppelt. Langfristig wird damit das Rentenniveau sinken. Daher sollten Jüngere mit der staatlich geförderten Riester-Rente privat Vorsorge betreiben.

Gleichzeitig wurde die Frühverrentung eingeschränkt und das Rentenalter angesichts der gestiegenen Lebenserwartung schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Wir haben damit die gesetzliche Rente auf Dauer gesichert. Die Union hat aber noch weite-

re Reformen im Blick: So sollen Kindererziehungszeiten bei der Rente von Frauen besser berücksichtigt werden.

Euro-Krisenländer müssen ihre „Agenda“ finden

Können wir die Agenda 2010 als ein Vorbild für die kriselnden Euro-Staaten empfehlen?

Meister: Trotz Finanzmarktkrise und Euro-Schuldenkrise kann Deutschland sich im internationalen Wettbewerb hervorragend behaupten – nicht zuletzt dank der Strukturreformen der Agenda. Auch unsere Euro-Partner müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und sich so aus der Krise herausarbeiten. Jeder muss dabei „seine Agenda“ finden. Deshalb ist es richtig, dass wir solidarische Hilfe immer mit der Forderung nach Reformen verknüpfen.

Die Initiatoren der Agenda 2010 distanzieren sich heute von großen Teilen der Reform. Kann man das nachvollziehen?

Meister: Sachlich kaum. Allerdings blies Schröder bereits von Anfang an der Wind aus seiner SPD massiv entgegen. Die Kritiker haben nie aufgehört, die Agenda zu verteufeln und Wege zu suchen, sie auszuhebeln. Dass sich die SPD inzwischen nicht zu schade ist, dazu mit den Linken zu paktieren, zeigt in welche Richtung sie sich seitdem politisch entwickelt hat.

Der Erfolg der Agenda 2010 ist Rot-Grün heute eher peinlich. Lieber wenden sie sich wieder den ideologischen Ansätzen des Staatskapitalismus und einer platten Umverteilungspolitik zu, die überwunden zu sein schienen. Selbst der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück folgt diesem fragwürdigen Trend, obwohl er früher für die Agenda 2010 stand.

Fraktionsvorstand unterstrich deutsche Haltung

Intensive Gespräche mit EU-Kommission in Brüssel – Ablehnung von Euro-Bonds bekräftigt

Die Liste der Gesprächspartner las sich wie das Who-is-Who der EU-Kommission. Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion traf bei seinem Besuch in Brüssel in der vergangenen Woche die wohl wichtigsten Repräsentanten der EU-Administration. Meinungen wurden ausgetauscht. Die Delegation unter Leitung von Fraktionschef Volker Kauder nutzte aber auch die Gelegenheit zum Widerspruch gegen die eine oder andere Idee, die derzeit in Brüssel kursiert.

Den Auftakt der Gesprächsreihe machte aus aktuellem Anlass EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski. Erst kürzlich hatten sich die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten auf die EU-Finanzplanung für die kommenden sieben Jahre verständigt. Danach sollen die Ausgaben der Gemeinschaft insgesamt erstmals in der Geschichte der EU nicht steigen. Die Bundestagsfraktion unterstützte in dem Gespräch den Kompromiss nachdrücklich. Wenn alle Länder in Europa zum Sparen aufgefordert seien, müsse dies auch für die EU als Ganzes gelten, meinten die Unions-Abgeordneten. Das Europaparlament lehnte den Kompromiss allerdings in dieser Woche ab und verlangte neue Verhandlungen mit den Regierungen.



Gerda Hasselfeldt und Volker Kauder mit EU-Kommissar Janusz Lewandowski

In den Beschluss der Staats- und Regierungschefs war auch eine missverständliche Passage zur Einführung von Euro-Bonds aufgenommen worden. Kauder forderte Lewandowski auf, dies zu erläutern. Der Haushaltskommissar machte klar, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele und die EU-Kommission um die Haltung der Union in Deutschland wisse. Die Ablehnung einer wie auch immer gearteten Gemeinschaftshaftung unterstrich der Vorstand dann vorsorglich noch einmal.

Kauder erklärte im Anschluss an das Gespräch: „Wir haben deutlich gemacht, dass die CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion sich auch künftig jedem Versuch widersetzen wird, Euro-Bonds einzuführen oder Schulden zu vergemeinschaften. Keiner dieser Vorschläge würde die Probleme in Europa wirklich lösen.“

Harte Auflagen für Zypern

Die möglichen Hilfen für das Krisenland Zypern waren ein wichtiger Punkt im Gespräch mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Hier machten Kauder sowie die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt deutlich, dass die Unionsfraktion für harte Auflagen eintreten werde, falls Hilfen überhaupt in Betracht gezogen werden. So müsse im Falle einer Unterstützung der überdimensionierte Bankensektor Zyperns reduziert werden, forderten beide.

Keine Schwächung der Bahn

Im Gespräch mit EU-Kommissionsvizepräsident Siim Kallas äußerte der Vorstand Bedenken gegen die Brüsseler Pläne, bei der Bahn Betrieb und Schienennetz zu trennen. Die Bahn darf bei allem Verständnis für mehr Wettbewerb im Schienennetz nicht ungerechtfertigt geschwächt werden, lautete der Tenor der Aussagen von deutscher Seite.



Der Geschäftsführende Vorstand in Brüssel

Foto: Ulrich Scharlack

Foto: Ulrich Scharlack

Unionsabgeordnete kritisieren Schuldenpolitik von Rot-Rot-Grün

Aktuelle Stunde zur Blockade des Fiskalpaktes im Bundesrat

Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag haben die rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat scharf kritisiert, weil diese die Umsetzung des europäischen Fiskalpaktes in nationales Recht blockiert. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, sagte, es werfe ein seltsames Licht auf Deutschland, wenn es in Europa für stabile Finanzen eintrete, aber wegen des Föderalismus zu Hause ein entsprechendes Gesetz nicht umsetze. Der Bund werde aber unabhängig von den „taktischen Spielchen der Länder“ seine Verpflichtungen in Europa einhalten, versprach Kampeter.

Der Fiskalpakt, den alle EU-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Tschechien vereinbart haben, sieht strikte Haushaltsdisziplin und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich besonders für den Fiskalpakt als Gegenstück zum europäischen Rettungsschirm stark gemacht.

Mit gutem Beispiel in Europa vorangehen

Da 17 der beteiligten 25 EU-Mitglieder den Fiskalpakt ratifiziert haben, ist er formal bereits in Kraft. Die Länderkammer, in der seit der Niedersachsen-Wahl SPD, Grüne und Linke die Mehrheit haben, lehnt das Gesetz zur Umsetzung des Fiskalpaktes nun ab. Die Länder fordern mehr Geld vom Bund als Ausgleich für Belastungen, die ihnen angeblich aus dem Fiskalpakt entstehen. Sie wollen etwa eine Milliarde Euro zusätzlich für den kommunalen Straßenbau, Hochschulen, Wohnraumförderung oder Kindertagesstätten. Nun müssen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss nach einem Kompromiss suchen.

Kampeter erinnerte die Länder daran, dass sie unabhängig vom Fiskal-

pakt auch durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zur Haushaltskonsolidierung verpflichtet seien – und zwar unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten. Daher könnten sie sich dies nicht vom Bund versilbern lassen. Der Finanzstaatssekretär verwies darauf, dass der Bund in dieser Legislaturperiode die Länder bereits in zweistelliger Milliardenhöhe entlastet habe – unter anderem dadurch, dass er die Kosten für die Gundsicherung bei Bedürftigkeit im Alter übernommen habe.



Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Vermittlungsausschusses, Thomas Strobl, wies warnend darauf hin, dass Europa momentan in einer kritischen Phase der Krisenbewältigung sei: Deutschland müsse daher bei der Umsetzung des Fiskalpaktes „mit gutem Beispiel vorangehen“, sagte er. Nur so könne der Umsetzungsdruck auch in anderen Euro-Staaten erhalten werden; nur so könnten diese dazu bewegt werden, ihre Haushalte zu konsolidieren und Schulden abzubauen. Angesichts dessen sei es ein „politisches Trauerspiel“ und „unerträglich“, dass Rot-Rot-Grün die Länderkammer für parteipolitische Interessen missbrauche, sagte Strobl.

NRW-Haushalt zum dritten Mal verfassungswidrig

Der CSU-Haushaltspolitiker Bartholomäus Kalb sagte, die vorsichtig positive Entwicklung in den Euro-Sanierungsländern zeige, dass der Pfad der Haushaltskonsolidierung richtig sei. Die Bundesländer dürften nun nicht das falsche Signal in Richtung Europa geben: „Wir appellieren an die Länder, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.“ Der Bund tue bereits das Seine. So werde er 2015 keine neuen Schul-

den mehr aufnehmen und 2016 in die Schuldentilgung einsteigen.

Auch Kampeter betonte, dass der Bund die Vorgaben der Schuldenbremse im Grundgesetz vier Jahre früher erfülle als vorgeschrieben. „Was sich die Menschen wünschen ist ein Ende der staatlichen Verschuldungspolitik“, sagte er. Demgegenüber zeigten Rote und Grüne immer wieder, dass sie nicht solide haushalten könnten. Als Beispiel nannte er Nordrhein-Westfalen. Dort wurde ein rot-grüner Landeshaushalt zum dritten Mal in Folge vom Verfassungsgerichtshof kürzlich als verfassungswidrig eingestuft.

Banken müssen Testament machen

Gesetzentwurf zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Banken müssen künftig Pläne aufstellen, wie sie sich im Falle einer finanziellen Schieflage sanieren oder gar abwickeln können. Dieses sogenannte Bankentestament sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der am Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde. Außerdem soll eine besondere Einheit in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingerichtet werden, die für systemrelevante Banken Abwicklungspläne erstellen kann.

Daneben enthält der Gesetzentwurf Regelungen für eine verbesserte Abschirmung von Risiken aus spekulativen Geschäften vom Kundenge-

schäft. Der Gesetzentwurf folgt dabei weitgehend den Erkenntnissen und Empfehlungen der europäischen Liikanen-Gruppe. Er setzt auch die Vereinbarung mit Frankreich um, in Europa beim Aufbau eines Trennbankensystems mit nationalen Regelungen voranzugehen.

Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus strafrechtliche Vorschriften vor. Bei groben Pflichtverletzungen, die zur Schieflage einer Bank oder Versicherung führen können, drohen Bankvorständen künftig auch Haftstrafen. Der Gesetzentwurf ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Regulierung der Finanzmärkte. Deutschland

nimmt damit erneut eine Vorreiterrolle in Europa ein.

Regulierung der Schattenbanken

Beschlossen wurde im Rahmen der Debatte auch ein Antrag zur Regulierung des Schattenbankensystems. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, die internationalen Aktivitäten zur Regulierung des Schattenbankensystems weiter voranzutreiben und sich für verbindliche Standards einzusetzen. Damit machen die Koalitionsfraktionen deutlich, dass diese Risiken nicht unterschätzt werden dürfen.

Contergan-Opfer sollen höhere Renten erhalten

Bundestag debattiert Gesetzentwurf

Contergan-Opfer sollen erheblich höhere Renten erhalten. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf, demzufolge die nach dem Schweregrad der Behinderung gestaffelten Monatsrenten von derzeit höchstens 1.152 Euro auf maximal 6.912 Euro angehoben werden. Damit können Contergan-Geschädigte einen Großteil ihrer zusätzlichen Bedürfnisse – etwa der behindertengerechte Umbau eines Pkw oder Hilfe im Alltag – ohne aufwändige Einzelfallprüfung decken.

Für die Anhebung der Renten stellt der Bund 90 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem werden den Betroffenen für ganz spezifische Bedürfnisse Bundesmittel in Höhe von bis zu 30 Millionen Euro jährlich in einem Fonds bereitgestellt: Auf Antrag und mit entsprechenden Nachweisen werden Rehabilitationsleistungen, Heil- und Hilfsmittel sowie zahnärztliche und kieferchirurgische Behandlungen bezahlt, soweit diese nicht von anderen Kostenträgern übernom-

men werden. Die Leistungen werden von der Conterganstiftung ausgezahlt – nach Richtlinien, die das Bundesfamilienministerium erlässt.

Spätschäden beträchtlich

Diese Verbesserungen sind erforderlich, da die Folge- und Spätschäden bei contergangeschädigten Menschen beträchtlich sind. Die Verluste von Fähigkeiten und Fertigkeiten haben sich in den letzten Jahren stark beschleunigt.

Eine Ende vergangenen Jahres vorgelegte Studie über Probleme und Versorgungsdefizite von contergangeschädigten Menschen zeigt auf, dass der körperliche Allgemeinzustand eines etwa 50-jährigen Betroffenen dem eines 70- bis 80-jährigen in der Gesamtbevölkerung entspricht. Aufgrund ihrer vielfältigen Behinderungen leiden Contergan-Opfer unter schweren körperlichen Abnutzungserscheinungen.



Verpackungen des Schlafmittels Contergan

Foto: Henning Kaiser/ddp

Die Rechte von Missbrauchsopfern werden gestärkt

Bundestag verabschiedet Gesetz – Keine Mehrfachvernehmungen mehr

Opfer von Missbrauch und Gewalt werden künftig im Strafverfahren noch besser vor Belastungen geschützt. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag ein entsprechendes Gesetz. Es greift dabei die Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ auf.

Im Wesentlichen geht es darum, die Mitwirkung der oft traumatisierten Missbrauchsopfer am Strafverfahren so schonend wie möglich zu gestalten. So werden den Opfern künftig mehrfache Vernehmungen erspart. Dafür kann die richterliche Videovernehmung im Ermittlungsverfahren stärker eingesetzt werden. Wenn ein bei der Tat minderjähriges Opfer trotzdem in der Hauptverhandlung aussagen muss, müssen die Gerichte grundsätzlich immer die Öffentlich-

keit ausschließen. Damit sich die Betroffenen besser über diese und andere Rechte informieren können, sollen sie außerdem häufiger Anspruch auf kostenlose anwaltliche Beratung und Unterstützung haben.

Neben vielen anderen Neuerungen wird zudem der Beginn der Verjährung von Sexualstraftaten vom 18. auf das 21. Lebensjahr des Opfers verschoben – aus Sicht der Union ein Schritt in die richtige Richtung. Doch hätte sie sich eine deutlichere Ausdehnung der strafrechtlichen Verjährung gewünscht. Denn zahlreiche Opfer von sexueller Gewalt sind psychisch stark belastet. Sie können oft erst nach vielen Jahren über das Geschehene sprechen und damit auch gegen den Täter vorgehen. Die Verjährungsfrist für Schadensersatzansprü-

che wird deshalb von bisher drei auf jetzt dreißig Jahre verlängert. Damit verschafft das Gesetz gerade minderjährigen Opfern die Zeit, die sie brauchen, um vor den Zivilgerichten die Anerkennung des erlittenen Unrechts durchzusetzen.



Fraktion 2.0

Frisch gebloggt

Auf blogfraktion.de beziehen Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch Autoren von außerhalb Stellung zu aktuellen Themen. „Fraktion direkt“ gibt in lockerer Folge einen Überblick über die interessantesten Beiträge.

„Sternenkinder“ sind keine Sache

Tot geborene Kinder, die weniger als 500 Gramm wiegen, werden künftig als vollwertige Menschen anerkannt. Als Reaktion auf die Petition eines Ehepaares, die 40.000 Unterstützer fand, beschloss der Bundestag im Januar einstimmig, dass sogenannte Sternenkinder nun offiziell beurkundet werden können. Die zuständige Berichterstatterin im Petitionsausschuss, Stefanie Vogelsang, schreibt dazu im Blog: „Ich hatte von Anfang an viel Verständnis für die Petition. Es

erschien mir paradox, dass unter 500 Gramm leichte, tot geborene Kinder nicht als Menschen beurkundet werden und somit offiziell nicht existent sind. Für mich sind diese Sternenkinder keine ‚Sache‘, sondern Kinder und damit auch Teil der Familien.“ Der Beschluss des Bundestages sei auch deswegen so wichtig gewesen, damit die Petenten sähen, dass ihr Anliegen Gehör findet.

Auch der Blogbeitrag fand große Resonanz bei betroffenen Eltern.



Digitale Wirtschaft ist Wachstumstreiber

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranstaltete im Februar einen Kongress unter dem Motto „Deutschland digital – Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik“. Dazu schreibt Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbandes BITKOM, im Blog: „Der deutschen Wirtschaft geht es so gut wie lange nicht mehr. IT hat – neben einer vernunftgesteuerten Politik – einen nicht unwesentlichen Teil dazu beigetragen. Die digitale Wirtschaft ist der Treiber von Innovationen und neuen Geschäftsmodellen. Mit der vierten industriellen Revolution bieten sich für Deutschland enorme Wachstumschancen etwa beim vernetzten Automobil- oder Maschinenbau.“

Schärfere Regeln für Großbanken

Finanzmarktkongress der CDU/CSU-Fraktion – Schäuble will deutsche Vorreiterrolle ausbauen

Seit Jahren loten die führenden Industriestaaten Wege für den Umgang mit systemrelevanten Banken auf globaler Ebene aus. Ziel ist es, dass Staaten wegen der Größe eines Finanzinstituts nicht länger erpressbar sind. Bei Schieflagen von Banken sollen nicht immer die Steuerzahler einspringen müssen. Auch die Unionsfraktion setzt sich für schärfere Regeln beim Umgang mit Großbanken ein. Dabei will sie nicht auf Brüssel warten.

Auf einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am vergangenen Montag in Berlin stellte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble klar, dass Deutschland notfalls weiter mit nationalen Alleingängen vorangehen werde, um die Finanzmarktregulierung auf europäischer und globaler Ebene voranzutreiben. „Wenn der Langsamste das Tempo bestimmt, werden wir nie das Ziel erreichen.“ Seit der globalen Finanzkrise 2008 sei eine Menge erreicht worden. Aber man sei noch nicht am Ende: „Die größte Gefahr wäre es, in unseren Bemühungen nachzulassen.“ Ein aktueller Gesetzentwurf der Unionsfraktion sieht deshalb die Abtrennung riskanter Bankgeschäfte von den Geschäften mit Kunden vor. Damit soll das Kundengeschäft besser vor Risiken geschützt sein. Die Abwicklung großer Banken soll ebenfalls erleichtert werden.

Probleme nicht auf die lange Bank schieben

Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder ergänzte: „Wir wollen die Probleme lösen und nicht unnötig lange vor uns herschieben.“ Nur wenn Unternehmen auch scheitern könnten, sei der Markt funktionsfähig. Es gehe, so Kauder, um die Grundfesten der Wirtschaftsordnung, um Haftung und Verantwortlichkeit.

Der Co-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, hielt dagegen, systemrelevante Banken dürften nicht automatisch als

schlecht eingestuft werden. Die Deutsche Bank ist nach einer Liste des Finanzstabilitätsrats inzwischen die einzige global systemrelevante Bank in Deutschland. Insgesamt gehören zu dem Kreis der wichtigsten Institute weltweit 28 Banken.

kensektor besser erfassen und begrenzen kann. Der Schattenbankensektor ist der kaum regulierte Bereich, in den die Finanzmarktakteure als Folge zunehmender Regulierung des traditionellen Bankensektors ihre Geschäfte auslagern.



Wolfgang Schäuble auf dem Finanzmarktkongress

Systemrelevante Banken sind laut Fitschen von den Kunden gewollt. Sie müssten grenzüberschreitend eine kritische Masse aufbauen können, um eine günstige Kreditversorgung von Unternehmen sichern zu können. Strengere Regeln in Europa hätten Wettbewerbsnachteile und eine Verlagerung von Geschäftsaktivitäten zur Folge.

Auch die Chefin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Elke König, mahnte gleiche Spielregeln auf amerikanischer und europäischer Ebene an und sprach sich für internationale Regeln zur Abwicklung großer Banken aus: „Wir müssen in der Lage sein, systemrelevanten Instituten glaubwürdig drohen zu können, sie im Falle des Falles insolvent gehen zu lassen.“

Risiken im Schattenbanksektor begrenzen

Ausführlich diskutiert wurde auf dem Kongress außerdem, wie man die systemischen Risiken im Schattenban-

kensektor besser erfassen und begrenzen kann. Der Schattenbankensektor ist der kaum regulierte Bereich, in den die Finanzmarktakteure als Folge zunehmender Regulierung des traditionellen Bankensektors ihre Geschäfte auslagern.

Bundesbank-Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger sieht die Gefahr für die Finanzstabilität durch deutsche Schattenbanken zwar als gering an. „Das deutsche Schattenbankensystem ist vergleichsweise klein“, sagte sie auf dem Kongress. Die von globalen Schattenbank-Aktivitäten ausgehenden Risiken seien aber auch für die Finanzstabilität in Deutschland bedeutsam, da deutsche Finanzinstitute eng mit dem globalen Schattenbankensystem verknüpft seien.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, bekräftigte, eine wirksame Regulierung der Schattenbanken sei national nicht zu machen: „Man muss das auf globaler Ebene tun.“ Genau das sieht ein Antrag der christlich-liberalen Koalition vor, der an diesem Freitag im Plenum des Bundestages beschlossen wurde.

Einen Mitschnitt der Veranstaltung finden Sie auf <http://veranstaltungen.cducusu.de/>

Politische Kommunikation in 140 Zeichen?

Altmaier wirbt für Kurznachrichtendienst im Twitter-Workshop der Fraktion



Foto: Tobias Koch

Bundesumweltminister Peter Altmaier mit Mechthild Heil und Peter Tauber

Um Twitter kommt keiner mehr herum, der von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will: Der Kurznachrichtendienst hat über 140 Millionen Nutzer, eines von fünf Staatsoberhäuptern bedient sich der Kommunikationsplattform, und im Deutschen Bundestag twittern 41 Prozent der Abgeordneten. „Wir dürfen den Einsatz der neuen Medien nicht verschlafen“, forderte Bundesumweltminister Peter Altmaier vergangenen Mittwoch im fünften Workshop der „Social media“-Reihe, die die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mechthild Heil, und der CDU-Abgeordnete Peter

Tauber ins Leben gerufen haben.

Altmaier, ungekrönter Twitter-König in der Unionsfraktion, berichtete interessierten Abgeordneten und ihren Mitarbeitern von seinen Erfahrungen mit dem Medium. Indem sie die sozialen Netzwerke nutze, könne die CDU/CSU-Fraktion gegen Vorurteile vorgehen, die besonders junge Menschen gegenüber etablierten Parteien haben. „Wir müssen mit der Zeit gehen“, forderte deshalb Altmaier. „Früher wurde ich auch für mein erstes Handy von meinen Kollegen belächelt – heute hat jeder eins.“

Chance für politische Kommunikation

Bisher sind nur 65 Unions-Abgeordnete auf Twitter aktiv. Viele sehen noch nicht die Chancen, die der Kurznachrichtendienst für die politische Kommunikation bietet. Doch die meisten Diskussionen und gesellschaftlichen Debatten finden heute in den sozialen Netzwerken, also auf Facebook und Twitter, statt. Wenn Politiker wissen wollen, was die Wähler beschäftigt, dann müssen sie kommunizieren – analog, aber eben auch digital. Und sie müssen sich kurz fassen können, denn der Text darf nicht länger sein als 140 Zeichen.

Politische Information kurzweilig verpackt

Natürlich können diese 140 Zeichen kein Gespräch oder die ausführliche Antwort auf einen Bürgerbrief ersetzen. Aber die Abgeordneten sollten die sozialen Netzwerke flankierend einsetzen. Vor allem haben sie so auch die Möglichkeit, Einblicke in ihren politischen Alltag zu geben und sich als ganz normale Menschen darzustellen. Das macht Politiker nahbar und sympathisch.

Manch einer seiner „Follower“ – so heißen Leser, die die Beiträge eines Autors abonniert haben – sei überrascht, dass er selbst direkt auf Fragen antwortete, berichtete der Minister. Über Twitter erreiche man aber sogleich viel mehr Menschen als per E-Mail oder Brief. In Altmaiers Fall sind es 35.900 Follower. Die meisten seiner Tweets sind tatsächlich Antworten oder Reaktionen auf die Beiträge anderer Nutzer. Vor allem aber sind sie witzig. Damit wird deutlich, dass Altmaier es tatsächlich schafft, politische Informationen kurzweilig und persönlich zu vermitteln – und zwar in 140 Zeichen: „Habe gerade ein Erdkabel in den Sand gesetzt! Energiewende kommt endlich voran! :-)“.

Die Fraktion informiert

Bestell-Tipp: Neue Publikationen

Flyer zur Finanzmarktregulierung und zur Energiewende

Die Unionsfraktion hat zwei neue Flyer veröffentlicht. Bei dem Flyer „Neue Regeln für die Banken – Konsequenzen aus der Finanzkrise“ handelt es sich um eine Neuauflage anlässlich eines Gesetzentwurfes der Koalition, der schärfere Regeln beim Umgang mit Großbanken vorsieht. Der Flyer erläutert, welche Reformen zur Regulierung des Finanzmarktes bereits eingeleitet

wurden und was noch zu tun bleibt. Am Ende soll jeder Finanzmarktteilnehmer und jedes Finanzmarktprodukt einer angemessenen Aufsicht und Regulierung unterworfen sein.

Der Flyer „Energie für die Zukunft“ stellt die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Energiepolitik dar. Zukünftig sollen die erneuer-

baren Energien einen wesentlichen Teil zur Energieversorgung beitragen. Der Flyer erläutert, wie dabei eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung gewährleistet werden kann.

Alle Broschüren können unter fraktion@cducsu.de bestellt werden und stehen unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

Interesse an Stasi-Unterlagen ungebrochen

Tätigkeitsbericht der Behörde

Das Interesse an Stasi-Unterlagen ist ungebrochen. Nach 87.514 im Jahr 2010 und 80.611 im Jahr 2011 gingen im vergangenen Jahr 88.231 Bürgeranträge auf Akteneinsicht bei der Stasi-Unterlagenbehörde ein. Dies geht aus dem Tätigkeitsbericht hervor, den der Leiter der Behörde, Roland Jahn, in dieser Woche dem Bundestagspräsidenten übergab. Zehn Prozent aller Erstanträge von 2012 bezogen sich laut Mitteilung auf nahe Angehörige vermisster oder verstorbener Personen.

„Die leicht steigenden Zahlen von Anträgen der Familienangehörigen zeigen auch, dass das Wirken der Stasi sich über Generationen erstreckt. Dabei wird wieder einmal deutlich: Bei unserer Arbeit geht es nicht allein um Akten, sondern um Menschen und ihre Schicksale“, hieß es in der Mitteilung.

Zu den Dienstleistungen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) gehört es auch, die Akten nicht nur den Betroffenen, sondern auch der Gesellschaft insgesamt zur Verfügung zu stellen. Besonders Medien und Forschung nutzen diese Möglichkeit – große Aufmerksamkeit erfuhr laut Mitteilung beispielsweise die Veröffentlichungen zur Häftlingsarbeit in DDR-Gefängnissen für Westfirmen, viele Publikationen zum 50. Jahrestag des Mauerbaus, aber auch Spielfilme wie „Es ist nicht vorbei“ über die Spätfolgen einer Stasi-Haft mit sechs Millionen Zuschauern.

Im Berichtszeitraum hat das Archiv des BStU weitere 2.200 laufende Meter Schriftgut der von der Stasi ungeordnet hinterlassenen Papiere sowie 215.000 Fotos und 1.100 Tonauf-



WESSEL RAUCH AUS DEM KABINETT

Zeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducsu.de

- 18. März 2013 Fachgespräch Bilanz und Ausblick SGB II
- 18. März 2013 Wald-Kongress
- 20. März 2013 Kongress Rohstoff- und Energiesicherheit
- 15. April 2013 Kongress Arbeitswelt und Demografie

zeichnungen erschlossen; einige Teilbestände wurden komplett abgeschlossen. Insgesamt sind jetzt von den 111.000 laufenden Metern Schriftgut 103.800 erschlossen – und damit 93 Prozent des Bestands.

Dazu merkte Roland Jahn an: „Es geht darum, das Wirken der Geheimpolizei in der SED-Diktatur differenziert zu betrachten und dabei den Auftraggeber, die SED, nicht aus den Augen zu verlieren.“

Mit dem neuen Forschungsprojekt „Denunziation in der DDR“ sei ein wichtiger Schritt für eine differenzier-

tere Betrachtung beispielsweise der Tätigkeit inoffizieller Mitarbeiter (IM) getan. „IM ist nicht gleich IM. Es geht darum zu beschreiben, warum jemand Verrat begangen hat, in welcher Form und unter welchen Umständen und wer der eigentliche Auftraggeber für die Denunziation war.“

Unter den zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen, die die Behörde in Berlin und den Außenstellen durchführte, stießen insbesondere die Bürgertage zum Jubiläum „20 Jahre Akteneinsicht“ auf große Resonanz.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu